

Bundestagsabgeordneter Stein beim Kieler Mieterverein



Carsten Wendt, Geschäftsführer, Mathias Stein, MdB SPD, Heidrun Clausen, Geschäftsführerin, und Jochen Kiersch, 1. Vorsitzender (v.l.)

Kiel - Der 1. Vorsitzende des Kieler Mietervereins, Jochen Kiersch, und die Ge-

schäftsführer Heidrun Clausen und Carsten Wendt führten Anfang Januar 2018 ein erstes ge-

meinsames Gespräch mit dem für den Wahlbezirk Kiel neu gewählten Bundestagsabgeordne-

ten Mathias Stein (SPD). Gerade in der wichtigen Phase, in der die beiden großen Volksparteien eine weitere Zusammenarbeit ausloteten, war es wichtig, die uns bewegenden wohnungspolitischen Themen nochmals anzubringen, damit das existentielle Thema Wohnraumversorgung den ihm gebührenden Platz in der künftigen Regierungspolitik einnehmen wird, so Jochen Kiersch nach dem konstruktiven Gespräch. Der Koalitionsvertrag offenbart zwar positive Ansätze. Die Regierungsparteien müssen allerdings stärker als bisher den Willen zur Umsetzung der mieterpolitischen Themen aufbringen.

Die Mietervereine werden auch weiterhin das Gespräch mit politischen Vertretern suchen, um die Situation der Mieterschaft in Schleswig-Holstein zu verbessern.

Revisoren des Landesverbandes

Pinneberg - Auf dem Landesverbandstag wurden die langjährigen Revisoren Walter Bebenitz und Bernd Rathje von den Delegierten mit Dank herzlich verabschiedet. In einer Neuwahl wurden Marion Fischer und Holger Wolf Hansen zu neuen Revisoren gewählt.

Online-MieterZeitung

Kiel - Es ist so weit. Ab der August-Ausgabe der MieterZeitung wird diese in elektronischer Form versandt. Alle Mitglieder, die uns ihre E-Mail-Adresse zur Verfügung gestellt haben, erhalten die MieterZeitung (vorbehaltlich der Entscheidung der Mitgliederversammlung) künftig auf diesem Weg. Um Papier und letztlich auch Kosten einsparen zu können, bitten wir zudem auch die Mitglieder um Angabe ihrer E-Mail-Adresse, die diese bisher noch nicht bei uns hinterlegt haben. Wer trotz Angabe seiner E-Mail-Adresse die MieterZeitung auch künftig in Papierform erhalten möchte, möge sich bitte bei unserer Geschäftsstelle melden, damit wir dies berücksichtigen können.

Jahreshauptversammlung beim Mieterverein Mittelholstein

Neumünster - Anfang März 2018 fand die Jahreshauptversammlung des Mietervereins Mittelholstein statt. Nach der Berichterstattung des Vorstandes wurde dieser neu gewählt. Hauke Petersen wurde dabei als 1. Vorsitzender bestätigt. Neue stellvertretende Vorsitzende ist Marion Fischer. Zur Schriftführerin wurde Nicole Frahm und zum Kassierer Volker Griebert gewählt. Den Vorstand komplettieren Ingrid Zweig, Sabine Wiegmann und Jens Hamschmidt als Beisitzende.

Mitgliederversammlung

Der Kieler Mieterverein lädt zu seiner Mitgliederversammlung am Donnerstag, den **14. Juni 2018**, um 19.00 Uhr ins Restaurant „Legienhof“, Legienstraße 22, 24103 Kiel, ein.

Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Ehrung von Vereinsmitgliedern
3. Jahresbericht
4. Kassenbericht
5. Revisionsbericht
6. Aussprache zu den Berichten
7. Entlastung des Vorstandes
8. Wahl der Revisorinnen/Revisoren
9. Beitragserhöhung zum 1. Januar 2019
10. Anträge
 - a. Satzungsänderungen
 - (1) § 3 Abs.1
 - (2) § 6 Abs.2
 - (3) § 7 Abs.1
 - (4) § 8
 - b. sonstige Anträge
11. Verschiedenes

Bitte bringen Sie Ihren Mitgliedsausweis mit, er dient zugleich als Stimmkarte. Bewirtungsgutscheine werden wie immer vor der Versammlung ausgegeben.

Der Vorstand

Landesverbandstag 2018 in Pinneberg

Mietervereine fordern Grundrecht auf bezahlbaren Wohnraum

Pinneberg - Am 10. März 2018 fand in Pinneberg der Landesverbandstag der schleswig-holsteinischen Mietervereine mit circa 140 Teilnehmern statt. Unsere Organisation konnte zahlreiche Gäste aus der Politik, der Verwaltung und Verbänden begrüßen. Der Landesvorsitzende des Mieterbundes Schleswig-Holstein, Jochen Kiersch, beklagte bei der Eröffnung in seinem Grußwort: „Die Wohnungsprobleme sind hausgemacht: Sie resultieren weitgehend aus dem Verkauf kommunaler Wohnungsbaugesellschaften an renditeorientierte Finanzinvestoren, der gewollten Reduzierung des Sozialwohnungsbestandes und der viel zu geringen Neubautätigkeit!“

Richtig ist: Nach wie vor leben in Schleswig-Holstein etwa 350.000 Menschen, die auf öffentliche Zuwendungen wie Grundsicherung, Hilfe zum Lebensunterhalt oder Wohngeld angewiesen sind. Hinzu kommen 10.000 Obdachlose. Schleswig-Holstein hat jedoch lediglich 47.000 öffentlich geförderte Wohnungen.

Im Anschluss an das Grußwort des Landesvorsitzenden bestätigte die Pinneberger Bürgermeisterin Urte Steinberg, dass in ihrer Stadt keine ausreichenden bezahlbaren Wohnungen vorhanden seien. Eine örtliche Wohnungsbaugesellschaft habe eine Wartedauer von zwei Jahren für Wohnungssuchende.

In seiner anschließenden Rede zur aktuellen Wohnungspolitik in Schleswig-Holstein erklärte Ministerpräsident Daniel Günther, dass man hinsichtlich der Volksinitiative für ein Grundrecht auf bezahlbaren Wohnraum unterschiedlicher Auffassung sein könne. Die Initiative mache aber unstrittig Druck auf die Politik. Er wiederholte, dass



Carsten Wendt, Geschäftsführer, Lukas Siebenkotten, DMB-Bundesdirektor, Dr. Franz-Georg Rips, DMB-Präsident, und Daniel Günther, Ministerpräsident Schleswig-Holstein (v. l.)



Jutta Köhl, SoVD, Jochem Schlotmann, VZ, Torsten Wendt, Landrat Pinneberg, Lutz Clefsen, Kreispräsident Rendsburg-Eckernförde, Burkhard E. Tiemann, Kreispräsident Pinneberg, Urte Steinberg, Bürgermeisterin Pinneberg, Kirsten Eickhoff-Weber, Vizepräsidentin Land Schleswig-Holstein, und Daniel Günther, Ministerpräsident Schleswig-Holstein



Thomas Hölck, MdL SPD, Kirsten Eickhoff-Weber, Dr. Franz-Georg Rips, DMB-Präsident, Özlem Ünsal, MdL SPD, und Ernst Dieter Rossmann, MdB SPD (v. l.)



Jochen Kiersch, 1. Vorsitzender DMB Schleswig-Holstein, Heidrun Clausen, Schriftführerin DMB Schleswig-Holstein, Lukas Siebenkotten, DMB-Bundesdirektor, Daniel Günther, Ministerpräsident Schleswig-Holstein, und Dr. Franz-Georg Rips, DMB-Präsident (v. l.)

es nach Auffassung der Regierungskoalition gegebenenfalls andere Instrumente als die Kap-

plungsgrenze und die Mietpreismbremse gebe, um ständig steigenden Mietpreiserhöhungen

und fehlenden bezahlbaren Wohnungen für niedrige oder durchschnittliche Einkommen zu begegnen. Er hob die Anstrengungen des Landes Schleswig-Holstein hervor, die Akzeptanz preis- und belegungsgebundener Wohnungen bei der Wohnungswirtschaft zu erhöhen und die Neubautätigkeit auch von öffentlich geförderten Wohnungen nach vorne zu bringen.

Mieterbund-Präsident Dr. Franz-Georg Rips, mit dem auch Bundesdirektor Lukas Siebenkotten und die DMB-Landesvorsitzenden aus Hamburg und Niedersachsen teilnahmen, kritisierte in seiner Rede „Bezahlbarer Wohnraum für alle – Forderungen zur Wohnungs- und Mietpolitik“ den „Raubtier-Kapitalismus“ der Finanzinvestoren in der Wohnungswirtschaft. Der Druck, der von Unternehmen auf die Mieter durch Mieterhöhungen aufgebaut werde, widerspreche deren Bedürfnis nach gewünschter Ruhe, Individualität und dem Stück Heimat in ihrer Wohnung. Er knüpfte Erwartungen an den Koalitionsvertrag, nach dem eine weitere Förderung durch den Bund in Höhe von 1,5 Millionen Euro angekündigt wurde. Er knüpfte allerdings auch die Erwartung daran, dass die Länder die Fortführung der Bundesförderung von Wohnungen dadurch unterstützen, dass diese nicht gleichzeitig ihre eigene Förderung vermindern.

Am Nachmittag haben die Delegierten des Landesverbandstages neben den Vorstandswahlen zahlreiche wohnungspolitische Forderungen verabschiedet (siehe www.mieterbund-schleswig-holstein.de). Sie forderten, ein Grundrecht auf bezahlbares Wohnen in die Landesverfassung aufzunehmen. ■

Landesverband Schleswig-Holstein e. V., Eggerstedtstr. 1, 24103 Kiel, Tel. 04 31/9 79 19-0, Fax: 04 31/9 79 19 31, <http://www.mieterbund-schleswig-holstein.de>, E-Mail: info@mieterbund-schleswig-holstein.de. Verantwortlich für den Inhalt der Seiten 16-17: Heidrun Clausen, Kiel